

6./II. 1917

**Der deutsch-amerikanische Konflikt.**

Aus Wien wird uns telegraphiert:

In dem Verhältnisse zwischen Oesterreich-Ungarn und Amerika ist bis zu diesem Augenblick noch keine Veränderung eingetreten. Der hiesige amerikanische Botschafter hat seine Forderungen nicht verlangt, und es macht auch nicht den Eindruck, als ob in der allernächsten Zeit ein solcher Schritt zu gewärtigen wäre.

Zu einer endgültigen Beurteilung der politischen Lage fehlen noch wichtige Momente. Man weiß noch nicht, wie der amerikanische Kongress sich entscheiden wird. Die Botschaft Wilsons hat zweifellos zu einer Debatte im Kongress Veranlassung gegeben darüber, was Amerika in der nächsten Zeit praktisch zu unternehmen hätte und von welchem Standpunkte aus seine Politik gegenüber dem Schritte der Mittelmächte eingerichtet werden soll. Im Kongress gibt es bekanntlich auch Männer, die nicht grundsätzlich und von vornherein gegen die Mittelmächte gestimmt sind und wiederholt entente-feindliche Auffassungen ungeschämt vertreten haben. Sie werden aller Wahrscheinlichkeit nach auch diesmal ihre Stimme erheben. Freilich ist das Verhältnis von Mehrheit und Minderheit im Kongress, insbesondere in der jetzt im Vordergrund stehenden Frage, nicht bekannt. Aber schon die Tatsache, auf die an dieser Stelle bereits hingewiesen wurde, daß Präsident Wilson sich in seiner Botschaft einer gewissen vorsichtigen Ausdrucksweise befleißigte, deutet darauf hin, daß er für ein etwa beabsichtigtes aggressives Vorgehen den parlamentarischen Boden erst vorbereiten mußte. Wenn Wilson in der Tat auf die schroffste unter allen denkbaren Lösungen hinarbeiten sollte, so wäre es auch möglich, daß er, um nicht den ersten Schritt selbst tun zu müssen, zweckentsprechende Mittel erwägen würde, um Deutschland zur Kriegserklärung zu provozieren und so die eigene Verantwortlichkeit zu entlasten.

In diesem Zusammenhange verdient die Tatsache hervorgehoben zu werden, daß der in der Botschaft der deutschen Regierung gemachte Vorwurf, sie hätte ohne vorherige Andeutung eine von ihr gegebene Zusicherung zurückgezogen, vollkommen haltlos ist. Die deutsche Regierung hat eine Zusicherung, die darauf hinauslief, daß sie endgültig und für alle Fälle auf die Führung des unbeschränkten Unterseebootkrieges Verzicht leistete, niemals und niemand gegeben. Sie

hat vielmehr in der letzten an die Vereinigten Staaten gerichteten Note bezüglich des Unterseebootkrieges ausdrücklich den Aufschub des verschärften Seekrieges an die Voraussetzung geknüpft, daß die amerikanische Regierung innerhalb einer allerdings nicht näher bestimmten Frist England veranlassen würde, die von ihm begonnene Verletzung der völkerrechtlichen Regeln für den Seekrieg einzustellen und auf den Boden des bis zum Ausbruche des Weltkrieges gültigen und auch von England anerkannten Völkerrechts zurückzukehren. Ausdrücklich hat sich Deutschland für den Fall, daß Amerika dazu nicht imstande oder nicht gewillt wäre, wieder freie Hand vorbehalten. Ob Amerika nicht in der Lage war oder ob es überhaupt nicht die ernstliche Absicht hatte, England zur Beachtung des Völkerrechts zur See zu verhalten, kann für die Beurteilung des unbedingten Rechtes der deutschen Regierung, nach einer jedenfalls außerordentlich langen Geduldfrist ihre Entschlüsse in Einklang mit ihren Lebensinteressen zu bringen, gleichgültig sein. Was Oesterreich-Ungarn anbelangt, so hat es bekanntlich der amerikanischen Regierung niemals, sei es eine bedingte, sei es eine unbedingte Zusicherung hinsichtlich der Methoden des Unterseebootkrieges gegeben, und es fehlt dem Präsidenten Wilson insofern selbst der Vorwand, der ihm den Versuch erlauben würde, uns auf den Standpunkt, der ihm nunmehr besteht, festzulegen.

Auch ein Teil der europäischen neutralen Presse vertritt die heute morgen an dieser Stelle dargelegte Auffassung, daß der diplomatische Abbruch noch nicht notwendig den wirklichen Kriegszustand zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland im Gefolge haben müsse. Es ist jedoch festzustellen, daß weder die amtlichen Kreise der Mittelmächte, noch auch deren Bevölkerung sich in dieser Beziehung einem übertriebenen Optimismus hingeben. In Deutschland wie in Oesterreich-Ungarn hat die öffentliche Meinung das Vorgehen Wilsons mit der größten Ruhe und Fassung aufgenommen, und nur der Wunsch, die bisherige Distanz von der prahlerischen Art der Entente auch weiterhin zu wahren, rät von dem Bekenntnis ab, daß das Gefühl, das durch die Melbungen aus Amerika hervorgerufen wurde, nicht weit entfernt von Gleichgültigkeit gewesen ist. Tief wurzelt in der Bevölkerung der Mittelmächte das Vertrauen, daß die Regierungen und die verantwortlichen militärischen Persönlich-